

28. Juni 1963

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/1/120

Bonn, den 28. Juni 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1 - 2	In der Schuld verblieben Die Bundesregierung und Israel Von Fritz Sänger, MdB	62
2	Staatsgefährdende Leichtfertigkeit Zum bevorstehenden Falco-Prozess	33
3 - 5	Der "Zahlenvorhang" Statistik in der SEZ - aufschlußreiches Verschweigen Von Otto Bach Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin	144
6 - 7	Römische Fragezeichen Unsichere politische Lage in Italien Von unserem Korrespondenten in Rom, Franco Magrini	96

Chefredakteur Günter Markscheffel
(z.Z. abwesend)

Verantwortlich: Albert Exler

In der Schuld verblieben

Die Bundesregierung und Israel

Von Fritz Sänger, MdE

Wie oft hat Ben Gurion, der große, alte Mann des Staates Israel und des Volkes der Juden, dem deutschen Volke und der Bundesrepublik Deutschland die Hand hingehalten? Waren es zuweilen nicht beide Hände? Zitterten sie nicht unsichtbar und im verhaltenen Hoffen, weil ein warmes Herz, gelenkt von einem kühlen Verstand und ruckertener Vernunft, das Tun gebot? Die deutsche Bundesregierung hat die Gesten wahrgenommen. Sie hat auch das eine und das andere getan, um zu bestätigen, daß sie weiß, was der israelische Ministerpräsident wollte und warum er so hartnäckig, so leidenschaftlich und so inständig daran rang, das israelisch-deutsche Verhältnis endlich zu legalisieren. Ihm ging und geht es um die Sicherung seines Staates und um die Verbesserung. Aber die Regierung Adenauer hat keine Hand ergriffen. Sie hat nicht gewagt, die notwendige, längst fällige Konsequenz zu ziehen, die jedermann hier wie im Nahen Osten kennt und einmal erwartet.

Niemand verhehlt sich, daß Ben Gurion nicht nur um der Versöhnung willen so handelte. Das wäre ein zu hoher Preis, den er gewähren würde, ein für uns beschämend hoher Preis. Er wußte und weiß es heute besser als je zuvor, wie nützlich ein legitimer deutscher Partner für Israel sein muß, wirtschaftlich und politisch. Wissen wir auch, wie nützlich uns die weltweiten Beziehungen Israels sein könnten, wenn die entscheidende Stunde kommt? Haben wir ein Empfinden da für, wie unmittelbar wirksam die moralische Stärke dieses Landes und seiner Politiker in der Welt ist? Israel sucht aus vernunftgelenkter Erwägung Zustimmung, Hilfe, wenn möglich Verbündete. In Deutschland kann man sich schwer von Ressentiments und von Sentimentalitaten lösen. Auch in Israel standen sie politischen Entscheidungen im Wege. Man hat es dort und hier dem Ministerpräsidenten Ben Gurion nicht leicht gemacht, seine Politik zu verwirklichen. Er mußte erproben, daß er sie wenigstens publik machen konnte.

Daß es aber möglich war, der Menschen in Israel zuzunutzen, diese Politik der Annäherung an Deutschland anzuhören, sie zu verstehen und gar zu betreiben, das war ein erregendes und hoffnungsvolles Zeichen großen Mutes und tätigen Gromutes. Ben Gurion forderte seine Landsleute auf, zu vergessen was gewesen ist und sich der Zukunft zuzuwenden, dem Bau einer neuen besseren Welt, in der Toleranz, Vertrauen und guter Wille herrschen mögen. Welch ein Monument menschlicher und staatsmannischer Größe und Weisheit! Sie werden nicht vergessen, was sie vergessen werden kann. Aber sie werden den Ruhm ihres Opfers, das unermessene Leid ihres Volkes in ihr Gewissen nehmen und in solcher Gesinnung und Haltung auf einem Wege voranschreiten, der in eine Zeit ohne Furcht, Not und Willkür führen muß. In Israel haben es viele verstanden. Verstehen wir unsere Verpflichtung?

Für Ben Gurion gehörte mehr Mut, mehr Kraft und ein größerer Glaube an den Fortschritt und an die Menschen dazu, seine Politik mit Deutschland zu machen, als für uns, das Ja zu seinem Vorschlag zu sagen.

chen und alle möglichen Folgen auf uns zu nehmen. Wir sollten sie nicht - unwissend oder mit heimlicher Hintergründigkeit - dramatisieren. Es gibt in den arabischen Staaten in zunehmendem Umfange Einsicht dafür, daß die Dinge im Nahen Osten nicht so bleiben können wie sie sind, daß man Schritt halten muß und will mit der immensen Entwicklung in der Welt. Der Rat der Freunde drängt auch dort die Einsichtigen, und man weiß, daß man sich arrangieren muß. Geben wir es nur zu: wir waren bisher kleiner und schwächer als dieser Mann Ben Gurion, und wir waren und sind kleinmütiger und weniger weitsehend als die, die auch uns raten, den Schritt zu tun, den wir zuerst tun müssen.

Der kühne, alte Mann ging in die Einsenkeit. Er wird nicht ständig schweigen. Sein Wille zum Fortschritt, sein Verantwortungsbewußtsein, das weit über Israels Grenzen hinausgreift, werden ihn rufen, wieder seine Meinung zu sagen. Sie wird stets eine Hilfe sein für sein Volk, für die Menschen und für den Frieden in der Welt, auch für uns Deutsche.

+ + +

Staatsgefährdende Leichtfertigkeit

sp - Einer der größten Spionageprozesse in der Geschichte der Bundesrepublik vor dem Dritten Strafsenat des Bundesgerichtshofes steht bevor. Das Hauptinteresse unter den drei Angeklagten beansprucht der 45-jährige ehemalige Regierungsrat im Bundesnachrichtendienst, Felte; ihm gelang sogar aus dem Gefängnis heraus noch die Wiederaufnahme von Verbindungen zu ostzonalen und sowjetischen Nachrichtenstellen. Felte, nur durch Zufall entdeckt, konnte seine staatsgefährdende Tätigkeit über zehn Jahre lang unbehelligt ausüben. Über ihn, als einen Schlüsselmann des Nachrichtendienstes, erhielten die Sowjets Kenntnis vom Aufbau und von der Zusammensetzung der deutschen Abwehr. Sie liessen sich die für sie so begehrteste Arbeit dieses Mannes auch etwas kosten, es wird die Summe von 200.000 DM genannt, die Felte erhielt und die ihm ein komfortables Leben ermöglichte.

Felte sowie seine zwei Mitangeklagten kamen vom Reichssicherheitshauptamt, der Mörderzentrale des Dritten Reiches. Fast das gesamte Material über diese Behörde befindet sich in sowjetischem Besitz. Die genaue personelle und sachliche Kenntnis gibt den Sowjets reichlich Möglichkeit der Erpressung in die Hand bei jenen Personen, die es verstanden haben, Wiederverwendung in unserem Staatsapparat zu finden.

Felte wurde noch ausdrücklich geschult, bevor er 1950 in die Bundesrepublik entsandt wurde. Ein Auftrag, dessen Erfüllung ihn zum größten As der Sowjetspionage in der Bundesrepublik werden ließ. Seine Komplizen haben hohe Ränge in der SS bekleidet und zogen allein schon dadurch die Aufmerksamkeit der Sowjetspionage auf sich. Sie spielten, ebenfalls viele Jahre unentdeckt, die Rolle von Mittelskönern.

Wie groß der angerichtete Schaden ist, dürfte wohl erst der Verlauf und das Ergebnis des bevorstehenden Verfahrens zutage bringen. Aber heute drängt sich wieder wie schon in anderen Fällen die Frage auf: war es nicht eine unverzeihliche Leichtfertigkeit, beim Aufbau von Organisationen, die dem Schutz des Staates und der Abwehr der Spionage dienen, auf Personen zurückzugreifen, die durch ihre Vergangenheit die Sowjets geradezu verlocken, sich ihrer zu bedienen? Und dies mit Erfolg? Hier liegt manches im Dunkel, das der Erhellung bedarf.

+ + +

- 3 -

Der "Zahlenvorhang"

Statistik in der SBZ - aufschlußreiches Verschweigen

Von Otto Bach

Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin

Neben dem "Eisernen Vorhang" (oder, wenn man will, als Teilstück von ihm) gibt es auch einen "Zahlenvorhang" zwischen der freien und der östlichen Welt, der einen dichten Schleier des Geheimnisses nicht nur über militärische, sondern auch über viele andere Dinge ausbreitet, aus denen unangenehme Rückschlüsse auf die Verhältnisse in den Ostblockstaaten gezogen werden könnten.

Die berufenmäßigen Statistiker in der freien Welt haben hier und da trotzdem einzelne Tatbestände aufhellen können, aber nur mit einem Scharfsinn, der Sherlock Holmes alle Ehre gemacht hätte. Das Statistische Bundesamt stellt im "Statistischen Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland" (1962) resigniert fest: "Die Statistiker der sowjetischen Besatzungszone arbeiten vielfach mit anderen Bezeichnungen und systematischen Gruppierungen als die der Bundesrepublik; in anderen Fällen stehen hinter den gleichen Bezeichnungen andere Begriffe".

Recht aufschlußreich ist es aber, einmal das Gegenstück, das "Statistische Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik" (1962) daraufhin zu prüfen, welche der üblichen Stichworte darin überhaupt nicht enthalten sind, die sonst jede Statistik in der freien Welt wiedergibt.

"Arbeitszeit" fehlt

Gleich am Anfang des 31 Seiten umfassenden Schlagwortregisters vermißt man das Stichwort "Arbeitszeit". Auf diesem Gebiet scheint es also keine "sozialistischen Errungenschaften" zu geben, die man sonst bereitwillig vermeldet. Durch Gesetz vom 19. Januar 1957 ist in der Zone die Arbeitszeit auf 45 Wochenstunden festgelegt worden, wobei "Produktionsberatungen" außerhalb der Arbeitszeit stattfinden und die "freiwilligen Sonderschichten für das Nationale Aufbauwerk" nicht als Überstunden gerechnet werden. Gleichfalls nach gesetzlicher Vorschrift ist jedem Werktätigen grundsätzlich nur ein arbeitsfreier Tag in der Woche zu gewähren, also kein freier Sonnabend. Kein Wunder, daß man Vergleichsziffern mit der "kapitalistischen Ausbeutung" und mit den von den Gewerkschafter durchgesetzten Arbeitszeitverringerungen scheut.

Flüchtlingsziffer: 2 764 000

Auch nach dem Schlagwort "Auswanderer" oder "Republikflucht" hält man natürlich vergebens Ausschau. Da man Bevölkerungsziffern schlecht verschweigen konnte, ergibt sich allerdings durch einiges Hin- und Herrechnen eine recht aufschlußreiche Zahl. Nach dem ostzonalen Statistischen Jahrbuch beträgt die Wohnbevölkerung der SBZ Ende 1947 19 102 000. In der Folgezeit bis 1961 sind 741 000 Menschen mehr geboren worden als gestorben sind. Demnach hätte in der natürlichen Bevölkerungsentwicklung die Bevölkerungszahl Ende 1961 19 843 000 betragen müssen. Angegeben wird jedoch eine Bevölkerungsziffer für Ende 1961 von 17 079 000. Die in dieser Differenz verborgene Fluchtbewegung deckt sich in der Größenordnung ungefähr mit westlichen Angaben.

Soziale Steuern

Steuern kennt das Statistische Jahrbuch der Ostzone weder generell noch unter den Schlagworten "Lohnsteuer" o.ä. Auch das ist ein ideologischer "wunder Punkt". Man behauptet ja in der Zone, getrauer Fötter des Erbes von Karl Marx zu sein. Das Zentralorgan der SED, "Neues Deutschland" vom 5. Mai 1953, brachte beispielsweise ein Bild von Karl Marx mit der Unterschrift: "Könnte Karl Marx unter uns sein, würde er zufrieden lächelnd den Worten seines Schülers Walter Ulbricht auf der 2. Tagung des ZK der SED zustimmen. Jawohl, würde er sagen, es ist so! In der DDR haben die Ideen unseres Kommunistischen Manifestes ihre Verwirklichung gefunden. Für diese Deutsche Demokratische Republik haben wir Friedrich Engels und ich, seinerzeit gekämpft."

Das Kommunistische Manifest (Abschnitt II, Ziffer 2) fordert über "starke Progressiv-Steuern". Die historischen Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland vom 30. März 1848 verlangten in Punkt 15 "Einführung von starken Progressiv-Steuern und Abschaffung der Konsumtionssteuern". Von den starken indirekten Verbrauchssteuern einmal ganz abgesehen, unterliegen aber in der "DDR", die angeblich den Weg zum "Sozialismus" und zur "Kommunismus" zurücklegt, die niedrigen Einkommen einer höheren Lohnsteuer als in der Bundesrepublik. Die hohe Einkommen der oberen Lohnstandenen herrschenden Klasse der Funktionäre usw. werden dagegen niedriger besteuert. Die Besteuerung in der Zone beginnt bereits bei einem Einkommen von 200 Mark, das in der Bundesrepublik selbstverständlich steuerfrei ist. Bei einem Einkommen von 400 Mark beträgt (in Klammern die entsprechenden Zahlen der Bundesrepublik) die Lohnsteuer 38 Mark (32 DM) in Steuerklasse I, 28 (4) in Steuerklasse II, 18 (0) bei einem Kind und 10,50 (0) bei zwei Kindern. Dagegen beträgt bei einem Einkommen von 4.000 Mark in der Steuerklasse I die Lohnsteuer in der Zone 800 (1.317,70), in der Steuerklasse II 790 (1.023,30), bei einem Kind 780 (966,30) und bei zwei Kindern 770 (946,50). Es bedeutet also eine genau umgekehrte "Progression". Auch über die Zahl der "Großverdiener" innerhalb der herrschenden Klasse findet man im Statistischen Jahrbuch der Zone keinerlei Angaben.

Was man sonst noch vermißt

Keinerlei Aufschlüsse vermittelt das Statistische Jahrbuch der Zone ferner über die Zahl der Ärzte, über die Häufigkeit von Betriebsunfällen, über die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und der sonstigen Verwaltungsfunktionäre, über Benzolverbrauch, Motorisierungsziffern, Berufskrankheiten, über die Länge von Freiheitsstrafen und die Zahl der Gefängnisse und Zuchthäuser, über straffällige Jugendliche, Geldebestände, Kriegspflerversorgung oder Verkehrsunfälle.

Hohe Zahl der Selbstmorde

Eine ideologische Panne ist den verantwortlichen Statistikern der Zone offenbar dadurch unterlaufen, daß sie - wenn auch unauffällig innerhalb der Aufstellung über "Todesursachen" - die Zahl der Selbstmorde angeben. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, hätte diese Zahl eigentlich verschwindend niedrig sein müssen. Tatsächlich werden für 1951 5 339 Selbstmorde als Todesursache angegeben. Die Zahl sinkt dann bis auf 4 473 im Jahre 1957, um für 1960 wieder auf 5 195 anzuwachsen. Die Zahl der Selbstmorde im "kapitalistischen System" liegt für 1960 also mit 1,6 Prozent aller Sterbefälle niedriger als im angeblich sozialistischen System mit 2,2 Prozent. Zweifellos ein ideologischer Fehler der Zonenstatistiker, der zur Selbstkritik Anlaß geben sollte.

Keine Streiks, allenfalls "Verzögerungsaktionen"

Angaben über Streiks sind im "Statistischen Jahrbuch der DDR" natürlich nur im Zusammenhang mit der Bundesrepublik zu finden. Im Artikel 4 der Sowjetzonenverfassung heißt es zwar: "Das Streikrecht der Gewerkschaften ist gewährleistet", diese Verfassungsbestimmung hat aber am 17. Juni 1953 mit Todesurteilen und Kerkerstrafen eine seltsame "Beachtung" gefunden. Es sei bei dieser Gelegenheit daran erinnert, daß nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 die offiziöse sowjetische TASS-Agentur ideologisch besser formulierte als die Zonennachbarn selbst: in der TASS-Meldung findet sich das Wort "Streik" oder gar "Generalstreik" nicht, sondern dafür wurde das hübsche Wort "Verzögerungsaktion" geprägt.

Außerordentlich mittelwässrig ist das "Statistische Jahrbuch der DDR" über die Produktionsziffern. Für die Löhne werden nur Durchschnittsziffern angegeben, mit denen sich wenig anfangen läßt. Vergeblich sucht man nach dem Stichwort "Stundenlöhne". Daß Ausgaben für öffentliche Sicherheit, Stärke der Streitkräfte und Verteidigungsangaben innerhalb des Staats nicht angeführt werden, rührt nicht wunder. Auch "Wiedergutmachung" ist kein Begriff der sowjetzonalen Statistik, aber bestimmt nicht deshalb, weil es sich hier um ein "Staatsgeheimnis" handelt.

Selbst so harmlose Dinge wie Angaben über den Straßenbau werden verschwommen dargestellt. Es fehlen Zahlen über die Länge der nach dem Kriege neu gebauten Straßen. Es werden lediglich Geldebeträge - und zwar zusammengefaßt für Neubau und Instandsetzung - gemeldet: 365 Millionen Mark im Jahre 1961 (in der Bundesrepublik erreichten die Straßenausgaben bereits 1959 den Betrag von 4,7 Milliarden DM).

Wohnungsbau nicht in der "Vergleichenden Übersicht"

Detaillierter sind die Angaben über den Wohnungsbau. Danach wurden 1961 insgesamt knapp 45 600 neue Wohnungen errichtet. Schlägt man über die - ohnehin spärlichen - vergleichenden Übersichten der sowjetzonalen Statistik mit der Bundesrepublik nach, fehlt plötzlich der Wohnungsbau. Das wird doch nicht etwa daran liegen, daß in der Bundesrepublik einschließlich West-Berlin im gleichen Jahr über 564 000 neue Wohnungen entstanden sind? Unter den "ausgewählten Erzeugnissen", die mit der Bundesrepublik verglichen werden, findet man zwar Fahrräder und Motorräder, bei denen die Zone immerhin etwa die Hälfte der Produktion in der Bundesrepublik erreicht, nicht aber die Personenkraftwagen. Da muß schon der Benutzer des Statistischen Jahrbuchs der Zone die westlichen Angaben zur Hand nehmen, was ihm natürlich praktisch nicht möglich ist. So bleibt verborgen, daß in der Bundesrepublik 1961 1 752 000 Personenkraftwagen produziert, knapp 96 000 eingeführt und über 919 000 ausgeführt worden sind, während die Zone 69 500 Autos produzierte, knapp 15 000 ausführte und rund 9 400 einfuhrte.

Diese wenigen Beispiele zeigen, daß der "Zahlenvorhang" nur dann transparent ist, wenn es sich um propagandistisch günstige Angaben handelt, aber völlig undurchsichtig wird, sobald der "Staat" mit derartigen Angaben - keinen Staat machen kann.

N.S. Nach den ostzonalen statistischen Angaben betrug der pro-Kopf-Verbrauch der Bevölkerung an Butter im Jahre 1961 13,5 kg gegenüber nur 8,5 kg in der Bundesrepublik. Nach Reinfett umgerechnet, waren es in der Zone - immer nach den amtlichen Zahlen - rund 7 kg gegenüber nur 6,1 kg in der Bundesrepublik, während in Dänemark 9,4 kg verbraucht wurden. Das soll uns aber nicht abhalten, die so dankbar von unseren Landsleuten in der Zone begrüßten fetthaltigen Pakete auch in Zukunft zu senden. Trotz des in der Zone herrschenden statistischen Überflusses ...

Römische Fragezeichen

Unsichere politische Lage in Italien

Von unserem Korrespondenten in Rom, Franco Magnani

Beinahe gleichzeitig haben der Vatikan und Italien wieder ein Steuer gefunden. Doch während beim Vatikan die Frage um die Nachfolge Johannes XXIII. endgültig gelöst worden ist, liegt das neue Ruder Italiens noch keinesfalls sicher. Auf die Initiative des Präsidenten der Republik, Segni, hat der Kammerpräsident Leone eine "einfarbene", d.h. aus Christdemokraten zusammengesetzte Regierung zusammengestellt. Es bleibt aber eine Übergangslösung, die voraussichtlich bis zum nächsten Herbst andauern wird. Erst nach dem im Oktober fälligen Parteitag der Linksozialisten wird sich zeigen, ob das Gespräch zwischen Linksozialisten und politischem Katholizismus wieder aufgenommen werden kann oder nicht.

In den letzten fünfzig Jahren europäischer Geschichte hat es sich mehrmals ereignet, daß einem linken Wahlergebnis ein politischer Rück nach rechts gefolgt ist. Man braucht nur - um bei Italien zu bleiben - an den Erfolg der Sozialisten nach dem ersten Weltkrieg zu denken und auf die darauf erfolgte Machtübernahme der Faschisten. Immer wieder kann beobachtet werden, wie die politische Tätigkeit Nenni von den Ereignissen aus jenen Jahren und von den daraus gezogenen Lehren bedingt und beeinflusst wird.

Zerwürfnisse in der CD

Die Wahl Niederlage der Democrazia Cristiana hat die schon seit Jahren in dieser Partei bestehenden Zwistigkeiten und Zerwürfnisse vertieft. Jener Teil der gemäßigten Rechten (die sogenannten "Dorotei" und der Rechten, der nur äußerst widerwillig dem von Fanfani gestarteten Versuch (Februar 1962) eines Gesprächs mit den Linksozialisten gefolgt war, ging nach den Wahlen zum Gegenangriff über. Nachdem Fanfani unter dem Vorwand, er sei für die Niederlage an meisten verantwortlich, politisch beseitigt worden war, übergab die Mehrheit der christlichdemokratischen Partei Moro den Auftrag zu einer neuen Regierungsbildung des linken Zentrums in der stillen Hoffnung, daß er an dieser unter den heutigen Umständen nicht leichten Aufgabe scheitern würde. Es ist hinterher erstaunlich zu sehen, wie genau diese "doroteische" Rechnung aufgegangen ist.

Es ist leicht vorauszusehen, daß das von Moro den Parteien des linken Zentrums (Sozialdemokraten, Republikaner, Linksozialisten) vorgelegte Regierungsprogramm, das zuerst von allen Gruppen, Strömungen und Flügeln innerhalb der Democrazia Cristiana gutgeheißen werden mußte, nur schwerlich auch die Linksozialisten hätte befriedigen können. Während aber Moro viel Wasser in seinen linkszentristischen Wein gegossen hatte und somit sich auch die Zustimmung seines rechten Flügels gesichert hatte, ging Nenni erstaunlicherweise weit unvorsichtiger vor. Vielleicht vertraute der alte Parteisekretär allzusehr seinem sprichwörtlich gewordenen Prestige, oder er hoffte, daß - vor das fait accompli gestellt - ihn seine nächsten Genossen nicht desavouieren würden. Wie dem auch sei, Nenni irrte sich diesmal, und sein eigener Flügel spaltete sich, ja, es sah zu einem bestimmten Zeitpunkt sogar so aus, als sei die Einheit der Partei gefährdet.

Neben dem autonomistischen und dem linken Flügel zählt die Sozialistische Partei jetzt auch noch die von Lombardi geführte Gruppe der sogenannten "Unversöhnlichen". Die Gefahr einer Spaltung scheint gebannt zu sein, doch was sich in jenen zwei dramatischen Diskussions- tagen innerhalb der sozialistischen Partei ereignet hat, ist ein Beweis für die Angst vieler Linkssozialisten, durch ein allzu fügsames Zusammengehen mit der Democrazia Cristiana das Schicksal der italienischen Sozialdemokraten zu erleiden und indirekt zur Stärkung der Kommunisten beizutragen.

Verwirrung bei den Linkssozialisten

Lombardi, Codignola und Senti, die drei prominentesten Persönlichkeiten der "unversöhnlichen" Gruppe, widersetzen sich nicht einem Gespräch mit den Katholiken. Im Gegenteil, sie erachten es als die heute einzige Möglichkeit, Italien einen sozialen Fortschritt innerhalb der Demokratie zu sichern. Die unterbreiteten Bedingungen zur Regierungsbildung erscheinen ihnen jedoch aus politischen Gründen unannehmbar.

Das Vorhaben der Rechten in der Democrazia Cristiana, nämlich den Beweis zu erbringen, daß ein Gespräch heute mit den Linkssozialisten noch unmöglich ist, da diese an die Kommunisten gebunden seien, ist erreicht worden. Heute erscheint es nur eigenartig, daß der geschickte und gewandte Nenni in diese Falle geraten ist. Sein Verhalten erklärt sich aber mit der ständigen Sorge, Italien vor einem Rechtsruck zu bewahren, der für das Land fatal sein könnte.

Innerhalb der PSI herrscht große Verwirrung. Der linke Flügel ist nach wie vor gegen eine Regierung des linken Zentrums, die die Kommunisten von diesem Experiment ausschließt. Er ist nun zum Kampf übergegangen und versucht, die für Nenni entstandenen Schwierigkeiten zur Stärkung der eigenen Thesen auszunutzen. Vorerst ist aber nicht der kryptokommunistische Flügel der Partei gestärkt, sondern lediglich derjenige Nennis geschwächt worden - was in diesem Falle nicht identisch ist.

Inzwischen verbirgt Nenni keinesfalls seinen Pessimismus gegenüber der heutigen Lösung; mit der Bildung der Regierung habe man bereits nach rechts gerückt; das Parlament habe nunmehr nur eine politisch beschränkt wirksame Führung und Abenteuer, wie diejenigen Tumultus vom Juli 1960 seien nicht mehr auszuschließen. Beide Ansichten in Bezug auf eine Beteiligung der Linkssozialisten an einer Regierung des linken Zentrums unter Moro - sei es diejenige Nennis oder diejenige Lombardis - werden von der Angst getragen, Nenni fürchtet, den Anschluß der Sozialisten an die Regierung nochmals zu verpassen wie schon einmal in der Vergangenheit; Lombardi aber fürchtet sich vor einem gefährlichen Stimmungswand.

Aber mehr noch als innerhalb der Sozialistischen Partei sollten sich die in so viele Gruppen, Tendenzen und Strömungen eingeteilten Christdemokraten einig werden. Solange sich die Rechte und die Linke in der DG nicht einigen können, wird es schwerlich in Italien zu einer auch nur annähernden Stabilität der Regierungen kommen können. Die Verwirrungen innerhalb der PSI reflektieren im Grunde nur die in der Democrazia Cristiana vorhandenen Widersprüche und Undurchsichtigkeiten.